

Jochen Hippler

Golfkrieg und Dritte Welt – Der Irak, die Besetzung Kuwaits und die US-Politik

Die Krise und der Krieg am Golf, die aus der irakischen Besetzung Kuwaits Anfang August 1990 resultierten, stellten einen neuen Konflikttypus für Regionalkrisen in der Dritten Welt dar. Darüber hinaus handelte sich nicht nur um den ersten Konflikt in und mit der Dritten Welt, bei dem der Ost-West-Konflikt keine Rolle spielte, aber den bisher wichtigsten Fall. Die US-Intervention in Panama zu Weihnachten 1989 und sogar schon die Bombardierung Libyens im April 1986 hatten beide ebenfalls schon außerhalb des überkommenden Kalten-Kriegs-Schemas stattgefunden. Der Golfkrieg allerdings war der erste größere Regional-konflikt, der nach dem "offiziellen" Ende des Ost-West-Konflikts (Deklaration der NATO in London vom Juli 1990) stattfand. Zugleich war es der erste Konflikt, bei dem die USA und die Sowjetunion nicht miteinander konkurrierten oder nur zwecks Lösung eines noch aus der Zeit der Blockkonfrontation stammenden Konflikts kooperierten, sondern von vornherein eine gemeinsame politische Front gegen ein Land der Dritten Welt bildeten. Der Golfkrieg hatte nicht einmal ansatzweise Charakteristika der früheren Supermachtkonkurrenz.

Der Krieg am Golf wurde nicht aus juristischen oder ideologischen Gründen geführt, etwa der Sicherung historischer Ansprüche auf Kuwait als "eigentlich" irakischem Staatsgebiet, oder zur Durchsetzung des Völkerrechts. Diese Argumentationen spielten eine wichtige Rolle bei der Legitimation der Krieges, dürften auch in der Psychologie einiger Akteure bedeutsam gewesen sein, sind als Kriegsursachen aber wenig plausibel. Die irakische Regierung ist mit ihren eigenen Begründungen für die Invasion und Annexion Kuwaits so beliebig und sprunghaft umgegangen, daß zweifelhaft war, wie ernst sie diese selbst nahm. Die US-amerikanische Betonung des Völkerrechts war zwar sachlich zutreffender, kam aber als Ursache ihre Politik ebenfalls nicht in Betracht: sie konnte nie erklären, warum die Mißachtung des Völkerrechts im Falle Kuwait/Irak einen Krieg gegen den Aggressor rechtfertigte, in Fällen wie Libanon/Syrien oder Libanon, Palästina/Israel oder Zypern/Türkei oder anderen dagegen nicht. Auch in diesen Fällen wurde schließlich gewaltsam fremdes Staatsgebiet besetztgehalten.

Beide Konfliktparteien verfügten durchaus über genug handfeste Interessen für ein gewaltsames Vorgehen, als daß man zur Erklärung des Krieges auf die offiziellen Verlautbarungen der Kriegsparteien zurückgreifen müßte. Man sollte daran denken, daß in Kriegszeiten Erklärungen der Konfliktparteien zur Förderung der Kriegsziele und nicht als Beitrag zur Wahrheitsfindung abgegeben werden.

Die Kriegsursachen liegen in der Konstellation der Interessen beider Seiten, genauer: in deren Unvereinbarkeit.

Die Gründe des Iraks zur Eroberung Kuwaits liegen zum Teil im strategischen, zum Teil im ökonomischen Bereich. Ausgangspunkt war das irakische Streben nach regionaler Vorherrschaft am Persisch-Arabischen Golf, möglichst auch im arabischen Raum. Bereits der erste Golfkrieg, der ebenfalls durch einen irakischen Überfall auf ein Nachbarland begonnen worden war (Irak/Iran, 1980-88) hatte vor allem diesem Ziel dienen sollen. Entgegen einer in Europa weit verbreiteten Auffassung endete der erste Golfkrieg nicht durch eine gleichmäßige Schwäche beider Seiten, sondern - trotz schwerer irakischer Rückschläge vor allem 1986 - durch einen eindeutigen militärischen Sieg des Irak 1988. Damit war ein entscheidender Schritt zur regionalen Dominanz getan, der alte Gegner und Hauptrivale Iran auf absehbare Zeit niedergerungen. Die Besetzung Kuwaits war der Versuch, die neue, irakische Stärke zugleich auszunutzen und noch einen Schritt weiterzuentwickeln.

Wirtschaftlich hätte eine erfolgreiche Annexion Kuwaits dem Irak entscheidende Vorteile verschafft, die nicht nur die ökonomische Erholung nach dem kostspieligen Krieg gegen Iran hätten erleichtern können, sondern auch sonst von hoher Bedeutung gewesen wären.

Bei einer Übernahme der kuwaitischen Ölfelder hätte Irak seine nachgewiesenen Ölvorkommen fast verdoppelt und damit über rund 20 % der gesamten Welt-Erdölvorkommen verfügt. Entsprechende Einnahmeerhöhungen wären die Folge gewesen. Zugleich hätte sich die irakische Position in der Öl-Preisgestaltung im Rahmen der OPEC erhöht: das eigene Gewicht verdoppelt, zugleich den alten Gegenspieler Kuwait (das immer auf relativ niedrige Ölpreise achtete) ausgeschaltet, wären die Preise möglicherweise leichter zu steigern gewesen. Darüber hinaus schuldete der Irak Kuwait etwa 12-14 Mrd. Dollar aus der Zeit des ersten Golfkrieges. Der Status dieses Betrages war zwischen beiden Ländern umstritten, da Bagdad ihn nicht als Schulden akzeptierte, sondern als kuwaitischen "Beitrag" zum Krieg gegen Iran betrachtete - trotzdem wären diese Schulden und der mit ihnen verbundene Streit durch eine Annexion Kuwaits natürlich erledigt. Auch eine denkbare Übernahme der beträchtlichen kuwaitischen Auslandsvermögen (Schätzungen reichen von 100-200 Mrd. Dollar) wäre wirtschaftlich durchaus attraktiv gewesen. Und schließlich hätte die Annexion Kuwaits den großen Vorteil gehabt, den unzureichenden irakischen Meereszugang wesentlich zu erweitern. Der kuwaitische Hafen hatte sich für den Irak ja bereits während des Krieges gegen Iran als wichtig erwiesen, vor allem nach dem Verlust der Faø-Halbinsel 1986.

Vor dem Hintergrund dieses Bündels von Interessen werden die Gründe der irakischen Aggression deutlich. Die Thesen eines - nie erfolgten - "Hilferufs der kuwaitischen revolutionären Jugend" oder historischer Ansprüche sind zur Begründung nicht erforderlich.

Auch die USA und ihre Verbündeten verfügten für ihre massive militärische Reaktion auf die Besetzung Kuwaits und den Beginn des Luft- und Bodenkrieges über Gründe, die mit strategischen und ökonomischen Erwägungen mehr zu tun hatten, als mit den Prinzipien des Völkerrechts.

Ein Berater des Präsidenten formulierte den Grund der aktuellen Militäraktion mit besonderer Deutlichkeit:

"Wir brauchen das Öl. Es klingt gut, vom Eintreten für die Freiheit zu reden. Aber Kuwait und Saudi Arabien sind auch nicht gerade Demokratien. Wenn ihre wichtigsten Exportprodukte Orangen wären, dann hätte ein mittlerer Beamter des Außenministeriums eine Stellungnahme [zur irakischen Aggression] abgegeben, und wir hätten das Außenministerium für den August geschlossen."

Zweifellos sind diese Äußerungen realistischer als die bloße Betonung juristischer Kategorien. Trotzdem greifen sie zu kurz. So notwendig es ist, auch die US-amerikanische Politik von ihren Interessen und nicht ihrer Rhetorik her zu begreifen, so falsch wäre es, in schematischer Weise den zweiten Golfkrieg und den Konflikt mit Irak als eine bloße Auseinandersetzung um Öl auffassen zu wollen. Zuerst einmal sollte daran erinnert werden, daß die physische Ölversorgung aus dem Golf durch die Annexion Kuwaits nicht bedroht war. Auch ein gestärkter Irak würde Öl exportieren wollen - und müssen. Schließlich waren seine sonstigen Exportmöglichkeiten gering, und die Annexion Kuwaits sollte der wirtschaftlichen Stärkung des Iraks dienen, auch dem Export kuwaitischen Öls auf irakische Rechnung.

Es ließe sich alternativ vortragen, daß nicht der physische Fluß des Öls durch den Krieg gesichert werden sollte, sondern ein niedriges Preisniveau. Diese Einschätzung erscheint deutlich realistischer, wäre aber ebenfalls kein ausreichender Kriegsgrund gewesen: der Vorteil eines geringfügig niedrigeren Ölpreises müßte gegen die potentiellen Kosten und Risiken des Krieges aufgerechnet werden. Während der Phase der Kriegsvorbereitung war es aber alles andere als sicher, ob ein Krieg so glatt ablaufen würde wie tatsächlich erfolgt, oder ob er die gesamte Region (einschließlich Saudi Arabien) einbeziehen würde. Es bestand das Risiko, daß der Aufwand eines Krieges den begrenzten preislichen Nutzen auf dem Ölmarkt übersteigen könnte, oder daß kriegsbedingt die Ölpreise erst recht und möglicherweise dauerhaft außer Kontrolle geraten könnten. Das bedeutet nicht, daß die Ölfrage bedeutungslos gewesen wäre, sondern daß sich schematisierende Erklärungsmuster verbieten.

Das US-amerikanische Interesse am Krieg gruppierte sich - fast spiegelbildlich zum irakischen Interesse - um zentrale strategische Erwägungen. Nachdem die USA den Irak im ersten Golfkrieg zunehmend unterstützt hatten, um einen Sieg der fundamentalistischen Führung des Iran zu verhindern, bemühten sie sich bis ins zweite Halbjahr 1990 - eigentlich sogar bis Ende Juli - um eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Bagdad. Der Irak war durch den Sieg gegen Iran zur Schlüsselkraft am Golf geworden, seine Bindung an die USA und den Westen insgesamt wäre eine wichtige Maßnahme, die zugleich die regionale Stabilität sichern helfen und die westlichen Interessen wahren würde. Die Eroberung Kuwaits durch den Irak demonstrierte, daß diese Politik nicht funktionierte. Der Irak war offensichtlich nicht im gleichen Maße funktionalisierbar, wie früher der Schah des Iran oder noch immer Saudi Arabien. Er hatte demonstriert, sich ausschließlich vom nationalistischen Eigeninteresse leiten zu lassen. Damit bestand die Gefahr, daß der Irak zu einer unbestrittenen Vormacht im Golf würde - aber zu einer Vormacht, die kaum instrumentalisierbar und kontrollierbar wäre. Der Irak würde ein entscheidender Machtblock an Golf, eine Macht, die von außen kaum noch zu beeinflussen wäre. Das lag aus strategischen Gründen nicht im US- oder westlichen Interesse.

Der Punkt wird besonders deutlich, wenn man sich vorstellt, was die Eroberung Kuwaits für die Machtverhältnisse in der Region bedeutet hätte, wenn die USA und ihre Alliierten sie nicht rückgängig gemacht hätten. Eine Tolerierung der Annexion eines engen Partners des Westens durch Irak hätte in der Region den Eindruck erweckt, daß der Westen keinen Schutz gegen innere und äußere Bedrohung biete. Dieser Verdacht war bereits früher aufgekomen, als die USA ihre Truppen 1984 fast fluchtartig aus dem Libanon abgezogen hatten, nachdem ihr Hauptquartier einige Monate zuvor Opfer eines Bombenangriffs geworden war. Eine Tolerierung der irakischen Annexion hätte den kleineren Golfstaaten, möglicherweise auch Saudi Arabien, kaum eine andere Lösung gelassen, als sich nach einer anderen Schutzmacht umzusehen. Und nach Lage der Dinge - Iran kam aus politischen und militärischen Gründen nicht infrage - hätte das nur der Irak sein können. Diese Situation aber, eine irakische Vorherrschaft von der türkischen Grenze bis zur Straße von Hormuz, wäre aus US-amerikanischer Sicht nicht akzeptabel gewesen, da es sich nicht um einen pro-westlichen "Stabilitätsfaktor", sondern eine nicht zu kontrollierende, eigenständige Macht gehandelt hätte. Genau an dieser Stelle bekommt das Argument der Ölversorgung doch noch eine hohe Bedeutung. Die Golfregion wird in den USA als Region mit strategischer Bedeutung betrachtet, auch wenn man selbst nur 10 % seiner Ölimporte von dort bezieht. Frankreich bezieht mehr als ein Drittel, Japan fast zwei Drittel seine Ölimporte aus der Region. Der Persisch-Arabische Golf sei daher von strategischer Bedeutung für die Weltwirtschaft, zusätzlich der Irak und Iran in geographischem Sinne die Verlängerung der NATO-Südflanke. Eine Kontrolle dieser Region durch eine fremde Macht, sei es - wie früher befürchtet - die Sowjetunion, seien es der Iran oder der Irak - könne man sich nicht abfinden. Bereits seit der Brown-Doktrin und der Carter-Doktrin der zweiten Hälfte der siebziger Jahre galt die Region offiziell als Gegend von "entscheidender Bedeutung" für die USA, die auch unter dem Einsatz von Gewalt "verteidigt" werden sollte. Präsident Bush selbst drückte den Zusammenhang von Ölpolitik, regionaler Vorherrschaft und amerikanischer Politik so aus:

"Der Irak selbst kontrolliert etwa 10 Prozent der Welterdölreserven. Mit Kuwait kontrolliert der Irak die doppelte Menge. Ein Irak, dem es gestattet wäre, Kuwait zu schlucken, würde die wirtschaftliche und militärische Macht, aber auch die Arroganz besitzen, seine Nachbarn einzuschüchtern und unter Druck zu setzen - Nachbarn, die den Löwenanteil der übrigen Welterdölreserven kontrollieren. Wir können es nicht zulassen, daß solch lebenswichtige Bodenschätze von jemandem beherrscht werden, der so rücksichtslos handelt. Und wir werden es nicht zulassen."

Bei der US-Politik im Golfkrieg spielte eine entscheidende Rolle, einer unabhängigen Regionalmacht der Dritten Welt den Aufstieg zu verwehren - in einer Region, die man selbst für zentral hielt. Ein Ausdruck dieses Strebens war auch das US-Kriegsziel, den Kern des militärischen Potentials des Irak zu zerstören. Als Folge des irakischen Dominanzstrebens verfügte das Land über beträchtliche militärische Kapazitäten, sowohl im konventionellen Bereich, aber auch in bezug auf Chemiewaffen, ansatzweise bei der Raketentechnologie. Forschungen bez. atomarer und biologischer Waffensysteme waren im Gange, Details waren aber kaum bekannt. Bis zu 5500 Panzer, davon etwa 500 moderne sowjetische T-72,

und bis zu 1 Million Mann unter Waffen, waren nur zwei Indizien für die Stärke des irakischen Militärs.

Die Stärke des irakischen Militärapparates traf sich mit einer Diskussion in Washington, die nach dem Ende des Kalten Krieges nach "neuen Drohungen" suchte, gegen die das eigene Militär nützlich sein konnte. Das Feindbild Sowjetunion war ja spätestens seit 1990 nicht mehr glaubwürdig, der früher konzeptionell im Zentrum amerikanischer Militärpolitik stehende potentielle Krieg in Europa würde nicht stattfinden. Neue "Bedrohungen" oder "Risiken" wurden zunehmend im Süden ausgemacht, in der Dritten Welt. Und dabei handelte es sich einerseits um "Konflikte niedriger Intensität", wie lokale Aufstände, Unruhen, "Drogenkrieg", Terrorismus und ähnliches. Diese Bedrohungen wurden bereits seit Beginn der achtziger Jahre stärker beachtet. Neu war seit Ende der achtziger Jahre, in der Dritten Welt nun auch konventionelle militärische Bedrohungen durch Regionalmächte zu befürchten.

Der Abteilungsleiter für politische Angelegenheiten im US-Verteidigungsministerium, Paul Wolfowitz, sprach im Februar 1990 über die "Nationale Sicherheitsstrategie für die neunziger Jahre" und brachte dabei die "neue Bedrohung" auf den Punkt:

"Eine [...] elementare Tatsache ist, daß wir uns mit einer Welt konfrontiert sehen, in der immer mehr Staaten militärische Macht haben, die alle das Recht für sich beanspruchen, sie einzusetzen, wie es ihnen angebracht erscheint. Ihnen allen ist unsere Besorgnis über die Verbreitung ballistischer Raketen, chemischer Waffen und der Technologie zur Herstellung von Atomwaffen bekannt. Von ebensolcher Bedeutung ist, daß zahlreiche Staaten der sogenannten Dritten Welt über modernste konventionelle Waffen wie Marschflugkörper verfügen, und zwar in großer Zahl. Die Panzerflotte der irakischen Armee ist beispielsweise in ihrer Größe derjenigen der Bundeswehr vergleichbar. Potentielle Gegner in der Dritten Welt sind kein triviales militärisches Problem mehr - wenn sie das je waren: Grenada ist nicht die Art von Krisenherd, wie wir ihn voraussichtlich allzu häufig erleben werden, noch ist es die Herausforderung, an der wir unsere Erfordernisse messen sollten."

Solche Formulierungen waren ein allgemeiner Ausdruck dessen, daß die USA nach dem Ende des Kalten Krieges Regionalmächte der Dritten Welt als neue, besondere Bedrohung auffaßten. Der Irak war geradezu ein Symbol dieser Bedrohung: eine der stärksten Militärmächte der Dritten Welt, nicht unter Kontrolle zu bringen und in einer besonders wichtigen Region lokalisiert. Die Probleme der Massenvernichtungswaffen, Raketentechnologie und einer starken konventionellen Rüstung gehörten in diesen Zusammenhang: sie waren bedenklich, da sie einen realen oder potentiellen Gegner stärkten. Pro-amerikanische Regierungen konnten weiterhin mit massiven Rüstungslieferungen rechnen, über deren Bestände oder Forschungen an Massenvernichtungswaffen wurde diskret hinweggesehen: Israel ist hier das deutlichste Beispiel, aber auch die neuen Rüstungsverkäufe der USA an Saudi Arabien (bis 20 Mrd. Dollar) oder die Vereinigten Arabischen Emirate (2,1 Mrd. Dollar) von Interesse.

Der Verlauf des Konfliktes überraschte durch seine politische und militärische Eindeutigkeit. Die USA und ihre Verbündeten verlangten den bedingungslosen Abzug des Iraks aus Kuwait, der Irak beharrte auf der Okkupation. Als dann im Januar 1991 der alliierte Luftkrieg begann, erwiesen sich die militärischen Auseinandersetzungen als ebenso eindeutig wie zuvor die politischen Positionen. Den irakischen Streitkräften wurde durch massive und präzise Luftangriffe die Verteidigungsmöglichkeit genommen, die kurze Bodenoffensive traf kaum noch auf kampffähige Verbände. Doch dieses Bild der Eindeutigkeit - so zutreffend es in den groben Zügen auch ist - lenkt doch von einigen wichtigen Fragen ab. So blendet es die Frage, ob der Krieg nicht vermeidbar gewesen wäre, völlig aus, wie sich auch bestimmte Widersprüchlichkeiten der Akteure dahinter verbergen. So gab es beispielsweise eine ganze Reihe von Indizien, daß die irakische Führung zu einer Räumung Kuwaits bereitgewesen wäre.

Zuerst wäre ein solcher Rückzug an diverse Bedingungen gebunden gewesen, im Dezember und Januar wohl nur noch an Mechanismen der Gesichtswahrung. Und in den beiden Tagen vor Kriegsbeginn war deutlich, daß Saddam Hussein - der Not gehorchend - auch bedingungslos abziehen würde. Die dafür notwendige Zeit ließ man ihm nicht. Dieser Tatbestand ist ein Beleg dafür, daß die Befreiung Kuwait zwar zweifellos ein amerikanisches - und alliiertes - Politikziel war, aber nicht das wichtigste. Schließlich ging es hauptsächlich um das strategische Ziel einer Ausschaltung des Irak als regionaler Vormacht; die Befreiung Kuwaits konnte dazu beitragen, war allein aber nicht genug.

Wichtig ist auch die Frage, warum es den USA mit solcher Geschwindigkeit und Eindeutigkeit gelang, eine der stärksten und kampferfahrensten Streitkräfte der Dritten Welt zu schlagen. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, warum das irakische Militär nicht alle seine Mittel tatsächlich einsetzte - vor allem auf den Gebrauch der Luftwaffe weitgehend und den der chemischen Waffen völlig verzichtete - und sich zum Teil nicht einmal wirksam verteidigte. Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Fragen liegt in der Kombination militärischer und politischer Faktoren. Ein Land der Dritten Welt, das sich zu den Bedingungen, nach den Regeln und mit den Waffen der Ersten Welt auf einen militärischen Konflikt mit der Gesamtheit der Ersten Welt - oder auch nur seinen Führungsmächten - einläßt (die Truppen der arabischen Alliierten waren politisch wichtig, militärisch aber von untergeordneter Bedeutung), hat bereits verloren. Der Irak hat versucht, die USA und ihre Verbündeten genau in einer Konfliktform zu bezwingen, in der diese am stärksten sind: in konventioneller militärischer Konfrontation, bei der die Menge und technische Qualität der Waffensysteme - und der Soldaten - den Ausschlag geben. Andere Optionen standen der irakischen Führung nach Lage der Dinge nicht zur Verfügung. Für einen Guerillakrieg (zur Verteidigung Kuwaits) beispielsweise bestanden in Kuwait und dem Südirak weder die topographischen noch die politischen Voraussetzungen, etwa die massive Unterstützung der Bevölkerung. Auf diese aber konnte Saddam kaum ernsthaft zählen: selbst wenn sie den USA und der Kriegsdrohung mißtrauisch bis ablehnend gegenüberstand - eine Bewaffnung der irakischen Bevölkerung gegen den Kriegsgegner wäre für die irakische Regierung gefährlicher als für die Alliierten. Ein Kampf mit konventionellen Waffen gegen die stärkste denkbare konventionelle Militärkombination überhaupt zu deren Bedingungen war hoffnungslos. Die einzige Chance des Irak zu einem Sieg hätte darin bestanden, durch politi-

sche Mittel - unter anderem durch einen rechtzeitigen, bedingungsarmen bis bedingungslosen Rückzug aus Kuwait - den Ausbruch eines solchen Krieges zu verhindern.

Nun erklärt das Argument der Aussichtslosigkeit eines Krieges unter den gegebenen Umständen allein zwar die irakische Niederlage, nicht aber deren ungeheure Geschwindigkeit und Ausmaß. Dazu ist es nötig sich die genaueren Umstände anzusehen, unter denen sich die Überlegenheit der Alliierten materialisierte.

Zuerst einmal sollte man daran denken, daß bereits beim Beginn des Luftkrieges die irakischen Truppen in keinem guten Zustand mehr waren. Das internationale Embargo hatte die Versorgung des Landes mit wichtigen Gütern praktisch völlig zum Erliegen gebracht, was auch die Streitkräfte in Mitleidenschaft zog. Die irakische Rüstungsindustrie, aber auch die Versorgung mit anderen Notwendigkeiten, etwa Schuhen oder Nahrungsmitteln, war schwer beeinträchtigt, so daß die irakischen Truppen in und um Kuwait oft schon beträchtlich geschwächt waren, als der Luftkrieg begann.

Die im Zuge der Kämpfe später gefangenen oder desertierten irakischen Soldaten waren unzureichend gekleidet und hungrig, ihre Widerstandsfähigkeit und Kampfmoral gebrochen.

Die Luftangriffe führten zu einer weiteren, drastischen Schwächung der irakischen Truppen. Damit ist nicht allein oder vorwiegend eine quantitative Schwächung gemeint, obwohl diese beträchtlich war und bei bis zu einem Drittel gelegen haben dürfte. Noch entscheidender war die weitgehende Zerstörung der irakischen Kommunikations- und Kommandostruktur, der Nachschub- und Verbindungslinien, der Aufklärungs- und Informationsfähigkeiten. Die irakischen Verbände waren nicht nur von ihrem Nachschub weitgehend abgeschnitten, sondern auch von den nötigen Informationen über ihre eigenen Bewegungen oder die Operationen des Gegners. Selbst die Befehle der militärischen Führung erreichten die Einheiten vor Ort kaum noch. Ein gemeinsamer, koordinierter Kampf ist unter solchen Bedingungen ausgeschlossen.

Als der Bodenkrieg begann, traf die technologische und taktische Überlegenheit der USA und ihrer Alliierten auf eine bereits geschlagene Truppe. Außer bei Teilen der Republikanischen Garden hielt sich darum der Widerstand in Grenzen.

Die Frage, warum der Irak trotz seiner Drohungen seine Chemiewaffen nicht eingesetzt hat, hat militärische und politische Gründe. Militärisch wäre der Einsatz nur begrenzt wirksam gewesen: für den effektiven Einsatz mit SCUD-Raketen fehlten dem Irak die entsprechenden Gefechtsköpfe, und ein - potentiell wirksamerer - Einsatz durch Hubschrauber oder Flugzeuge kam wegen der absoluten alliierten Luftüberlegenheit nicht in betracht. Die Verwendung der C-Waffen als Artilleriemunition wäre möglich gewesen, hätte aber das militärische Gesamtbild nicht einmal ansatzweise geändert. In Zusammenhang mit diesen militärischen Einsatzproblemen waren politische Restriktionen von besonderer Bedeutung. Die US-Einheiten am Golf waren mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet, und direkt vor Kriegsbeginn fragte Washington bei den wichtigsten Alliierten nach, ob diese unter bestimmten Bedingungen mit ihrem Einsatz einverstanden wären. Auf diplomatischen Kanä-

len wurde der irakischen Führung der Einsatz von Atomwaffen für den Fall angedroht, daß der Irak C-Waffen benutzen würde.

Damit war der C-Waffeneinsatz durch Irak sinnlos: schwierig durchzuführen, militärisch fast bedeutungslos, aber mit der Gefahr amerikanischer Atombombenangriffe verbunden.

Wenn die Vorkriegspolitik beider Seiten und die Kriegführung selbst an Unzweideutigkeit nichts zu wünschen übrig ließen, so konnte man das von den Kriegsergebnissen nicht sagen. Der Irak stellt als Ergebnis des Krieges in absehbarer Zeit keine ernsthafte militärische Bedrohung seiner Nachbarn oder der amerikanischen Interessen mehr dar. Das militärische Kriegsziel, die Zerschlagung des Kernbereichs der irakischen Militärmacht, wurde erreicht. Insgesamt aber sind die Ergebnisse des Krieges alles andere als eindeutig oder hilfreich. Der Irak wurde von einem Land, das die regionale Ordnung - wenn man von einer solchen überhaupt sprechen möchte - durch seine Stärke und sein Hegemonialstreben bedrohte, zu einem Land, das diese Stabilität durch seine Schwäche im gleichen Maße untergräbt. Die Bedeutung des schiitischen Aufstandes für die zukünftige politische Stabilität in der Region ist noch schwer abschätzbar. Die neue, wenn auch schwierige Verbindung der irakischen Schiiten (immerhin die knappe Mehrheit der Bevölkerung) zu Teheran, der Einfluß des Aufstandes auf die schiitischen Minderheiten in Kuwait und Saudi Arabien und damit auf die zukünftige Stabilität dieser Staaten sind direkte Kriegsfolgen mit ungewissem Ausgang. Die kurdische Flüchtlingstragödie hat nicht nur humanitäre Bedeutung, sondern auch für die Stabilität der Südosttürkei und des Nordwestirans, sie hat außerdem die US-Regierung gegen ihren Willen gezwungen, eine begrenzte militärische Präsenz in und um den Nordirak aufrechtzuerhalten. Die Nicht-Unterstützung des kurdischen Aufstandes gegen Saddam Hussein durch die USA und die Alliierten hat die kurdischen Parteien - gegen den Willen ihrer Basis - gezwungen, mit der irakischen Regierung zu verhandeln. Insgesamt hat der Golfkrieg den bloßen Fortbestand des Irak als Staat infrage gestellt - ein Ergebnis, das die Alliierten anschließend dadurch korrigieren wollten, die herrschende Baath-Partei zu unterstützen, ohne Saddam Hussein zu begünstigen. Diese Taktik führte natürlich zur indirekten Unterstützung Saddam Husseins.

Auch regional hat der Krieg die Lösung einer Reihe von Problemen entgegen den Erwartungen nicht erleichtert, sondern oft erschwert. Eine Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern ist schwieriger als zuvor, die innenpolitischen Verhältnisse in Jordanien und Syrien nicht eben einfacher geworden. Und ein Ergebnis des Krieges bestand darin, daß die USA und ihre Alliierten die syrische Okkupation des Libanon und dessen Umformung zum syrischen Protektorat nunmehr als Preis für die syrische Teilnahme an der Koalition akzeptierten. Von den politisch-psychologischen Auswirkungen des Krieges auf die Innenpolitik so entfernter Länder wie Marokko, Algerien oder Pakistan hier einmal zu schweigen.

Auch die Bilanz der Vereinten Nationen ist, entgegen den ersten Eindrücken bei Krisenbeginn, eher negativ. Die UNO hat im Golfkrieg trotz ihres hohen Profils in der Zeit von August bis November 1991 ihre Bewährungsprobe in der "Neuen Weltordnung" leider nicht bestanden. Der UNO-Sicherheitsrat wurde bis zur Verabschiedung seiner Resolution

678 - die indirekt zum Krieg ab Mitte Januar ermächtigte, falls Kuwait nicht geräumt würde - als Instanz zur Legitimation der Politik der Alliierten benötigt, was ihn zeitweise stärkte. Von diesem Zeitpunkt ab spielte er aber keine ernsthafte Rolle mehr, da er seine Legitimationsfunktion erfüllt hatte. Unabhängig davon, daß die Resolutionen des Sicherheitsrates unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten in der Regel inhaltlich sehr berechtigt waren - er war kaum mehr als das Instrument seiner ständigen Mitglieder zur völkerrechtlichen Rechtfertigung ihrer Machtinteressen, dabei angesichts der Machtverhältnisse vor allem das Instrument der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Die Sowjetunion war aufgrund ihrer innenpolitischen Probleme und der Abhängigkeit von westlicher Wirtschaftshilfe, die VR China wegen ihres erstrebten Ausbruchs aus der Isolation nach dem Massaker in Peking nicht bereit und in der Lage, eine abweichende Rolle im UNO-Rahmen zu spielen. Die reale Funktion der Weltorganisation als Legitimationsinstanz anderswo getroffener Entscheidungen läßt sich nicht nur daran ablesen, daß es sich beim Golfkrieg eben nicht um einen Krieg der UNO und unter UNO-Kommando handelte, sondern auch daran, daß der UNO-Generalsekretär vom Kriegsbeginn nicht einmal vorher informiert wurde. Die Sowjetunion als Partner im Sicherheitsrat erfuhr vom Kriegsbeginn durch die USA eine Stunde zuvor.

Es ist darüber gestritten worden, ob der Golfkrieg Ausdruck des Nord-Süd-Konfliktes gewesen sei, ob er gar als Krieg des Nordens gegen den Süden begriffen werden müsse, wie er sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg öfter ereignen könne. Vor einer schnellen Antwort sollte man sich hier hüten. Einerseits ist es offensichtlich zutreffend, daß der Krieg wichtige Bestandteile eines Süd-Süd-Konfliktes enthielt. Der Irak hatte einen Nachbarn der Dritten Welt überfallen - wenn auch keinen typischen. Die irakischen Nachbarn Saudi Arabien, Syrien, Ägypten und die kleineren Golfstaaten sowie zahlreiche andere Staaten der Dritten Welt nahmen gegen den Irak Stellung. Das zu ignorieren und den Golfkrieg auf die Kategorie des Nord-Süd-Konfliktes zu reduzieren würde bedeuten, die Staaten des Südens nicht als relevante, eigenständige Faktoren ernstzunehmen. Es würde bedeuten, nun nicht mehr das überholte Ost-West-Schema den regionalen Konflikten überzustülpen, sondern ein neues, nicht unbedingt präziseres. Als Ausgangslage des Konflikts müssen die Konflikte innerhalb der Dritten Welt zur Kenntnis genommen werden.

Andererseits wäre es ebenfalls vereinfachend, den entscheidenden Anteil der Länder des Nordens - vor allem der USA - an der Krisendynamik und am Krieg ignorieren oder herunterspielen zu wollen. Ohne die massive Reaktion der USA hätte es den Krieg am Golf nicht gegeben, die arabischen Nachbarn sich wohl oder übel mit dem Irak arrangiert. Selbst die Rollen Frankreichs oder Großbritanniens waren militärisch nebensächlich und politisch nicht entscheidend, die Teilnahme der arabischen Alliierten für die Legitimation des Krieges wichtig, militärisch aber bedeutungslos. Auch der politische Einfluß der Regierungen in Kairo, Riyad oder Damaskus auf den Gang der Ereignisse war sehr begrenzt. Im machtpolitischen Kern stellte der Krieg am Golf den Kampf zweier Mächte um die Hegemonie in einer strategisch wichtigen Weltregion dar, den Kampf zwischen einer nördlichen Macht und einer des Südens. Angesichts dessen den Konflikt als bloßen Süd-Süd-Konflikt betrachten zu wollen, wäre höchst willkürlich. Auch eine Formulierung, die den Golfkrieg als Kampf des Nordens und des Südens gegen einen einzelnen Außenseiter zu betrachten, der eher zufällig aus der Dritten Welt stamme, trifft nicht den Punkt. Einerseits verlagerte sich

zwischen August 1990 und Januar/Februar 1991 das Gewicht innerhalb der anti-irakischen Koalition immer eindeutiger zu den Staaten des Nordens, zu den USA, die schließlich allein über Krieg und Frieden entschieden. Außerdem ist es schwer vorstellbar, daß eine so breite Koalition zustandegekommen wäre, wenn sie sich nicht gegen ein Land des Südens gerichtet hätte: Völkerrechtsverletzungen - beispielsweise - Frankreichs, der USA, Israels oder auch der Sowjetunion hätten mit Sicherheit nicht zu einem Krieg des Restes der Welt gegen den jeweiligen Staat geführt. Zusammengenommen läßt sich formulieren, daß der Golfkrieg eine Konfliktform gewesen ist, bei der sich ausgehend von einer Konfrontation innerhalb der Dritten Welt eine Verlaufsform durchsetzte, bei der sich die Dominanzstrategie des mächtigsten Industrielandes gegen die einer Regionalmacht der Dritten Welt durchsetzte, unter Beteiligung weiterer Länder des Nordens und des Südens, die aber auf den Gang der Ereignisse keinen entscheidenden Einfluß hatten. Eine pauschalisierende Einordnung des Krieges in die Kategorie des Nord-Süd-Konfliktes würde nicht nur seinen Ausgangspunkt und die Rolle arabischer Staaten ignorieren, sondern auch Saddam Hussein indirekt zum Repräsentanten der Dritten Welt ernennen. Saddam als Vorhut der Dritten Welt gegen die Vormacht des Nordens - diese These wäre nicht nur grob übervereinfachend, sondern auch gefährlich. Sie würde die Dritte Welt mit einem der repressivsten Diktaturen der Welt identifizieren und die Tendenz fördern, die Dritte Welt insgesamt, den Nahen und Mittleren Osten oder islamische Gesellschaften zum neuen Feindbild nach dem Ende des Kalten Krieges zu machen.

Quelle:

Jochen Hippler,
Krieg am Golf - Modellkrieg für die Dritte Welt?,
in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), (Redaktion: Joachim Betz, Volker Matthies), Jahrbuch Dritte Welt - 1992, München 1991, S. 86-101

Copyright 2006: Jochen Hippler